Impressum

FIAN ÖSTERREICH
1090 Wien, Schwarzspanierstraße 15/3/1
Telefon: +43-1-23 50 239
Fax: +43-1-23 50 239 20
Email: office@fian.at
Internet: www.fian.at

Spendenkonto FIAN Österreich:
IBAN: AT73 2011 1294 1590 3600, BIC: GIBAATWWXXX

Layout, Satz: Brigitte Reisenberger, Jörg Grubmüller
Redaktion: Philipp Salzmann, Brigitte Reisenberger
Lektorat: Ralf Leonhard
Fotos: Christopher Glanzl, Brigitte Reisenberger

Österreichische Post AG
Info. Mail Entgelt bezahlt

ternational initiierten Protestbrief zu übergeben. Darin wird die EU dazu aufgefordert von den Verhandlungen zurückzutreten. In einer Protestmail-Aktion der TTIP-Stoppen Plattform forderten wir alle Verhandlungsdokumente öffentlich zugänglich zu machen. FIAN Österreich macht sich weiterhin innerhalb des Bündnisses gegen TTIP stark und ruft dazu auf, die selbstorganisierte europäische Bürger_inneninitiative gegen TTIP und CETA zu unterzeichnen.

www.ttip-stoppen.at

Right to Food and Nutrition Watch
Präsentation in Wien

Anlässlich des Welternährungstages am 16.10.2014 und im Rahmen der VHS-Reihe „Nachhaltig in Wien: Ernährung" stellte Alejandra Morena von FIAN International den Bericht Right to Food and Nutrition Watch 2014 in Wien vor. Der „Watch" widmet sich dem zehnjährigen Jubiläum der UN-Leitlinien zum Recht auf Nahrung, diskutiert politische Schlüsselprozesse und hebt den wachsenden Einfluss von Unternehmen in internationalen Entscheidungsgremien der Ernährungspolitik als wesentliche Herausforderung im Kampf für das Recht auf Nahrung hervor. Im Rahmen des im Vorjahr von FIAN mitbegründeten Globalen Netzwerks für das Recht auf Nahrung machen sich immer mehr zivilgesellschaftliche Organisationen für die Durchsetzung einer nachhaltigen Sicherung des Rechts auf Nahrung stark. Mehr als 200 Menschen, die den großen Saal der Urania füllten, konnten erkennen, dass Nahrungsmittelhilfe (Tafel-Organisationen) und Fairer Handel nur kurzfristige Lösungen der Hungerbekämpfung sein können. Nachhaltige Ernährung hingegen muss auch das Recht auf Nahrung in den Blick nehmen und die Rechte von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern sichern.

www.rtfn-watch.org

Human Rights Talks
Mit Recht für soziale Gerechtigkeit

Am 26. Juni 2014, knapp nach den EU- Wahlen, meldete sich FIAN bei den Human Rights Talks zur Sparpolitik in der EU zu Wort. Ein Rechtsgutachten der Arbeiterkammer kommt zum Schluss, dass die Sparmaßnahmen, die den Krisenstaaten von der Troika aufgezwungen werden, menschenrechtswidrig sind. Bereits in 38 von 43 Staaten des Europarates haben Sparmaßnahmen zu Verletzungen von wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten geführt. Lisa Sterzinger, Vorstandsmitglied von FIAN Österreich, brachte die Ergebnisse aus dem Parallelbericht und die Empfehlungen des UN Sozialausschusses für Österreich in die Diskussion ein. Der radikale Abbau sozialstaatlicher Leistungen und staatlicher Infrastruktur durch die Sparpolitik ist mit den menschenrechtlichen Verpflichtungen der EU Mitgliedsstaaten unvereinbar – so das Resümee der Veranstaltung.

2Flüsse Allianz

Der Einsatz von FIAN und der 2Flüsse Allianz für die Dörfer im Karanpuratal in Indien bleibt ein wichtiges Anliegen. Unter der neuen Regierung Modi wird die Situation für NGOs und Menschenrechtsverteidiger_innen zusehends schwieriger. Hart betroffen von Gesetzesänderungen sind jene, die über keine Landtitel verfügen. Für sie ist im Fall von Landverlust nahezu keine Rehabilitierung mehr vorgesehen. Das trifft auch auf die meisten Bewohner_innen des Karanpura Valley am Fluss Damodar zu. Der Kohleabbau dort wird als unverzichtbar für die Industrialisierung betrachtet. Die von Vertreibung bedrohten Menschen sind dringend auf weitere Unterstützung angewiesen.

FIAN fördert das 2Flüsse Allianz Projekt.

Bericht aus dem Büro

FIAN Österreich stand im Jahr 2014 vor großen finanziellen Herausforderungen: Unsere Mittel reichten nicht aus, um das gesamte Büroteam ein ganzes Jahr hindurch zu finanzieren. Von vier Teilzeitstellen mussten zwei abgebaut werden, eine konnte nur als geringfügige Beschäftigung weiter bestehen. Gertrude Klaffenböck ist seit September 2014 für ein Jahr in Bildungskarenz. Sophie Veßel verließ leider das Büroteam, unterstützt FIAN aber weiterhin im Vorstand. Christian Hofmann arbeitet im Bereich der Entwicklungs- und Umweltpolitik. Brigitte Reisenberger führte die Arbeit zur Umsetzung des Rechts auf Nahrung im Büro in Wien weiter. Seit März 2014 verstärkt Birgit Paltram das Büroteam in der Finanzadministration. Als Trainees unterstützten Franziskus Forster und Kerstin Feurstein unsere Arbeit im Jahr 2014. Fabian Lehner und Raphael Daum waren für die Webseite und für unser IT-Netzwerk zuständig. Ohne unsere Praktikant_innen und ehrenamtliche Mitarbeiter_innen wäre unsere Arbeit undenkbar – wir danken Lena Michelsen, Lena Maritsch, Lisa Brauneder, Anaité Cosenza Palacios, Kim Aigner und Eva Ganzberger für die tatkräftige Unterstützung!

Im letzten Quartal 2014 wurden zwei Dreijahresprojekte, zum einen von der Austrian Development Agency und zum anderen von der Europäischen Kommission, bestätigt. Folglich wird sich FIAN Österreich ab 2015 wieder mit mehr Ressourcen für das Recht auf Nahrung einsetzen können.

Finanzbericht
FIAN Österreich - 2014

Einnahmen		
Verkauf Menschenrechtstee	261,61	0,28%
Mitgliedsbeiträge	7.763,00	8,30%
Spenden und andere Zuwendungen	4.410,15	4,71%
Öffentliche Zuschüsse/Projekte	56.229,45	60,10%
national „MR gegen Nahrungskrisen"	*50.000,00*	
international „Hands off the Land"	*6.229,45*	
Förderbeiträge Filmtage, DKA, …	24.825,00	26,53%
Zinserträge	70,55	0,08%
Summe Einnahmen	**93.559,76**	100%
Ausgaben		
Materialaufwand Menschenrechtstee	-158,27	0,16%
Personalaufwand	-52.511,22	52,09%
Miete, Büroaufwand	-16.028,14	15,90%
Honorare	-20.603,29	20,44%
Reisekosten, Verpflegung, Nächtigungen	-5.048,48	5,01%
Veranstaltungen	-2.834,33	2,81%
Abschreibungen	-867,56	0,86%
Aufwand HMP7, Mitgliedschaften, Sonstiges	-2.766,23	2,74%
Summe Ausgaben	**-100.817,52**	100%
Jahresminus	-7.257,76	

Der Jahresabschluss wurde vom Wirtschaftsprüfer und Steuerberater Rudolf Frisch erstellt. und wird von der KOBRE Wirtschaftsprüfung GmbH geprüft.

2014 war für FIAN Österreich ein finanziell schwieriges Jahr. Die Mehrausgaben im Jahr 2014 in der Höhe von € 7.257,76 konnten durch die Vereinsersparnisse gedeckt werden.

Wir danken folgenden Unterstützer_innen unserer Projektarbeit:

GEFÖRDERT DURCH DIE ÖSTERREICHISCHE ENTWICKLUNGS ZUSAMMENARBEIT

Dreikönigsaktion
Hilfswerk der Katholischen Jungschar

Jahresbericht

2014

FIAN

INT. MENSCHENRECHTS ORGANISATION FÜR DAS RECHT SICH ZU ERNÄHREN

Unsere Aktivitäten im Jahr 2014

2014 war für FIAN Österreich ein schwieriges aber doch erfolgreiches Jahr. Schwierig, weil unsere Arbeit im notwendigen Umfang nur funktionieren kann, wenn ausreichend Finanzmittel zur Verfügung stehen. Jedes Jahr, in dem es kein von der EU gefördertes größeres Projekt gibt, müssen wir Stellen einsparen und noch mehr ehrenamtliches Engagement investieren, um unsere Aktivitäten aufrecht zu erhalten. Wie viele und wie vielfältig diese sind, geht aus diesem Jahresbericht hervor. Man kann aus ihm auch herauslesen, dass der Weg, den FIAN seit bald drei Jahrzehnten geht, von vielen Akteuren als der richtige erkannt wird. Nämlich Lobby-Arbeit zugunsten von Menschen, die um ihre Rechte kämpfen, statt karitativer Projekte. Die vielen Allianzen, die für diese anwaltschaftliche Arbeit geschmiedet werden und die Plattformen, die sich um einzelne Fälle formieren, bilden diesen Trend eindrucksvoll ab.

Wir danken allen Mitgliedern, die unsere Überzeugung teilen und diese Arbeit mit ihren Beiträgen unterstützen. Sie sind für uns unentbehrlich weil wir ja für jedes Projekt auch einen Anteil an Eigenmitteln einbringen müssen. Und die Mitglieder sind es auch, die die Ideen und Anliegen von FIAN in ihrem Bekanntenkreis verbreiten.

Vorstand 2014

Philipp Salzmann, Vorstandsvorsitzender
Sophie Veßel, stv. Vorsitzende
Anton Refenner, Kassier
Maria Kaufmann, stv. Kassierin
Christiane Löper, Schriftführerin
Lisa Sterzinger, stv. Schriftführerin
Doris Huber, Personalbeauftragte
Ralf Leonhard, Fallbeauftragter

Die Bewegung für Ernährungssouveränität wächst!

Mit Menschenrechten gegen Nahrungskrisen

Extraterritoriale Staatenpflichten

In dem von der Austrian Development Agency finanzierten Projekt „Mit Menschenrechten gegen Nahrungskrisen" widmete sich FIAN Österreich den menschenrechtlichen extraterritorialen Staatenpflichten Österreichs in den Bereichen internationale Investitionspolitik und internationale Ressourcenpolitik. Extraterritoriale Staatenpflichten (ETOs) beschreiben die menschenrechtlichen Verpflichtungen eines Staates gegenüber Menschen in anderen Ländern. Während des dreijährigen Projekts organisierte FIAN Österreich Workshops, Dialogrunden und leistete politische Arbeit sowohl auf nationaler als auch internationaler Ebene und konnte strategische Partnerschaften mit einer Reihe an NGOs im In- und Ausland vertiefen bzw. aufbauen – so zum Beispiel im Netzwerk „Finance and Trade Watch" oder innerhalb der ETO-Gruppe. Im Rahmen des Projekts sind zahlreiche Publikationen entstanden: Infofolder zu extraterritorialen Staatenpflichten, Land Grabbing und TTIP - dem geplanten Handelsabkommen zwischen den USA und der EU, Factsheets zu den Rechten von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern sowie zur Expansion der Palmölproduktion in Honduras und drei ausführliche Studien. In den Studien konzentrierten sich viele Erkenntnisse, die während des Projektes durch Recherchen und den Austausch und Dialog mit den beteiligten Akteuren gewonnen wurden: In vielen Fällen von Menschenrechtsverletzungen nehmen Privatunternehmen eine unrühmliche Rolle ein. Die Studie „Konzerne.Staudämme.Menschenrechte." analysiert die Tätigkeiten eines österreichischen Unternehmens bei Staudammprojekten in Brasilien und Laos. Die Studie „Finanzinstitutionen.Entwicklungsprojekte.Menschenrechte." fokussiert auf ein von der Weltbank verwaltetes und mit österreichischen öffentlichen Geldern mitfinanziertes Projekt in Äthiopien, das in der Region Gambella mit Menschenrechtsverletzungen und Land Grabbing in Verbindung steht. Eine weitere Studie mit dem Titel „Entwicklungsfinanzierung.Agribusiness.Menschenrechte." beschäftigt sich mit der Rolle der staatlichen Entwicklungsfinanzierung bei der Expansion des Agribusiness in afrikanischen Ländern, insbesondere Sierra Leone und Sambia. Aus der Analyse in den Studien ergeben sich Empfehlungen für Schritte, die Österreich setzen sollte, um seine extraterritorialen Staatenpflichten im Zusammenhang mit den Tätigkeiten österreichischer Unternehmen im Ausland, sowie innerhalb der Entwicklungsfinanzierung und Internationaler Finanzinstitutionen zu erfüllen.

Ein Kernstück des Projekts war die abschließende Tagung am 27. November 2014, die gemeinsam mit Kooperationspartner_innen in Wien organisiert wurde. Unter dem Titel „Menschenrechte jenseits der Grenzen" gaben internationale und nationale Gäste Inputs und diskutierten mit den Teilnehmer_innen. Einen spannenden Einstieg garantierten Claudia Patricia Ortiz Gerena und Juan Pablo Soler Villamizar von der kolumbianischen Bewegung Ríos Vivos. Die Staudammbetroffenen berichteten von den Auswirkungen des Hidrosogamoso-Staudamms im Norden Kolumbiens auf Menschenrechte und Umwelt. Im Rahmen der Tagung wurden anhand von konkreten Fallbeispielen und der Vorstellung von Studienergebnissen die rechtlichen Grundlagen, Bedeutung, Anwendung und Auswirkung von ETOs dargelegt. Die Tagung war ein wichtiger Schritt für die Stärkung der Kompetenzen und Kapazitäten zu extraterritorialen Staatenpflichten in Österreich, auf denen die Arbeit von FIAN in Zukunft aufbauen kann.

www.fian.at/etos

Konzerne regulieren

Erfolg im Menschenrechtsrat

Der UN-Menschenrechtsrat hat am 26. Juni 2014 eine Resolution für eine zwischenstaatliche Arbeitsgruppe zur verbindlichen Regulierung von transnationalen Unternehmen angenommen. FIAN hat sich international und auch zusammen mit österreichischen NGOs und Gewerkschaften mit dafür eingesetzt. Wir waren auch bei der Aktionswoche in Genf vor Ort. Trotz des starken Widerstands der EU und der USA stimmten 20 Mitgliedsstaaten des Menschenrechtsrats für die Resolution, 13 Staaten enthielten sich der Stimme und 14 stimmten dagegen (darunter Österreich). Die Resolution wurde von Ecuador und Südafrika eingebracht. Sie stützten sich auf über 600 Organisationen aus 95 Ländern - die Treaty Alliance - die sich für ein verbindliches Instrument einsetzen, das Verstöße gegen Menschenrechte, die von transnational agierenden Unternehmen begangen werden, endlich effektiv ahndet. Transnationale Unternehmen können bislang nicht menschenrechtlich zur Verantwortung gezogen werden. Österreich kann die Diskussion über verbindliche Standards für Unternehmen nicht ignorieren, sondern soll sich konstruktiv an der Arbeitsgruppe beteiligen. Mit der ersten Arbeitsgruppensitzung ist im Juli 2015 zu rechnen.

www.treatymovement.com

Kleinbäuerinnen und -bauern

Mit Recht schützen

Kleinbauern und Kleinbäuerinnen leiden weltweit am meisten an Hunger. Sie sind Diskriminierungen in vielfacher Weise ausgesetzt. FIAN kämpft gemeinsam mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen seit 2002 für eine Deklaration über die Rechte von Kleinbauern und Kleinbäuerinnen und anderen Menschen, die in ländlichen Regionen arbeiten. Einen ersten Entwurf einer Deklaration hatte deren internationaler Verband, La Via Campesina, bereits 2008 vorgelegt. Der UN-Menschenrechtsrat hat aufgrund der jahrelangen Arbeit von FIAN und La Via Campesina die Notwendigkeit eines spezifischen Rechtsinstruments bestätigt und die Erarbeitung einer Deklaration beschlossen. Eine Deklaration würde einerseits bestehende Rechte systematisch zusammenführen und andererseits neue Rechte (z.B. das Recht auf Land) festschreiben. Am 27. Juni 2014 hat der UN-Menschenrechtsrat das Mandat jener internationalen Arbeitsgruppe verlängert, die den Entwurf für die Erklärung erarbeiten soll. FIAN Österreich und weitere Organisationen haben sich dafür in den Wochen vor dieser Entscheidung bei der österreichischen Vertretung stark gemacht, einen Brief an Außenminister Sebastian Kurz gerichtet und sich bei einem persönlichen Gespräch im Außenministerium für die Mandatsverlängerung eingesetzt. Die Unterstützung im Menschenrechtsrat für das Vorhaben ist im Vergleich zu vorherigen Abstimmungen gewachsen. Österreich hat zwar nicht für die Resolution gestimmt, aber sich zumindest der Stimme enthalten - ein Erfolg für FIAN. Bei der Abstimmung über die Einsetzung der Arbeitsgruppe hatte Österreich noch mit Nein gestimmt. Die internationale Arbeitsgruppe tagte im November 2014 unter der Leitung von Bolivien. FIAN hob die internationalen Verpflichtungen der Staaten hervor, die Lücken im Schutz der Menschenrechte zu schließen.

www.fian.at/kleinbauernrechte

Nyéléni Austria 2014

Die Bewegung für Ernährungssouveränität in Österreich

250 Menschen aus ganz Österreich trafen sich von 13. – 17. April im Schloss Goldegg in Salzburg, um über die Zukunft unserer Ernährung und Landwirtschaft zu diskutieren und die gemeinsame Vision von Ernährungssouveränität zu verwirklichen. Das Forum wurde von FIAN Österreich, ÖBV-Via Campesina Austria und Attac Österreich initiiert, die sich als Teil einer immer breiter werdenden globalen Bewegung für Ernährungssouveränität begreifen. FIAN Österreich war von Beginn an in der Koordinations-, der Methodologie- und der Kommunikationsgruppe sowie am Forum selbst stark vertreten. Hauptergebnisse sind die Stärkung der Netzwerke zwischen Bauern/Bäuerinnen und Konsument_innen. Gemeinsam konnten Strategien und Initiativen für ein Agrar- und Ernährungssystem ausgerichtet am Recht auf Nahrung und Ernährungssouveränität ausgearbeitet werden. Die Bewegung für Ernährungssouveränität wächst und gedeiht. Halbjährige Treffen sollen dem regelmäßigen Austausch dienen. Als Start diente das Herbstreffen 2014 in Wien, wo FIAN Österreich einen Workshop zu Land Grabbing beisteuerte. Wir bleiben weiterhin aktiv im Prozess und bringen uns für das Recht auf Nahrung ein.

www.ernährungssouveränität.at

Österreichische Unternehmen in Osteuropa

Land Grabbing vor der Haustüre

Der große Schlusspunkt des EU-Projekts „Hände weg vom Land – Aktiv werden gegen Land Grabbing" war die Veröffentlichung der Recherchen von FIAN Österreich zu Land Grabbing und Landkonzentration in einigen osteuropäischen Ländern. Die Untersuchungen zeigten, dass auch österreichische Akteure im Wettlauf um Land mitmischen und sich im großen Stil Land in Rumänien, Serbien und Ungarn aneignen. Die Bäuerinnen und Bauern vor Ort profitieren vom Investitionsboom kaum, ganz im Gegenteil. Durch die massive Verschiebung der Besitzverhältnisse in diesen Ländern sind weitreichende Änderungen für die lokale Landwirtschaft zu erwarten. Zusammen mit dem Fehlen staatlicher Hilfe für kleine und mittlere bäuerliche Betriebe trägt das zu Land Grabbing und zur steigenden Konzentration von Landeigentum bei. In Rumänien befinden sich bereits 700.000 Hektar Agrarland in den Händen von transnationalen Unternehmen. Österreichische Investoren sollen bereits sechs Prozent dieser 700.000 Hektar kontrollieren. Die Aussicht auf EU-Agrarsubventionen unterstützt diese Entwicklungen. Neben dem Agrarbereich drängt auch die Energie- und Holzwirtschaft nach Osteuropa. Auch österreichische Unternehmen sind im Holzsektor Rumäniens aktiv und stoßen dabei auf starken lokalen Widerstand. Der Zugang zu Land ist auch in Europa eine menschenrechtliche Angelegenheit, denn ein Teil der europäischen Bevölkerung ist für seine Lebensgrundlage auf direkten Zugang zu Land angewiesen. Die Verwaltung von Land muss auch in Europa auf die nachhaltige Produktion von gesunden Nahrungsmitteln für die Verwirklichung des Menschenrechts auf Nahrung abzielen, anstatt auf die Profite einiger weniger machtvoller Akteure. Der Bericht wurde auch von zahlreichen Medien aufgegriffen – darunter ORF.at, Kurier, Der Standard, Wiener Zeitung oder die Vorarlberger Nachrichten.

www.fian.at/osteuropa

TTIP Stoppen!

Menschenrechte sind nicht verhandelbar

Seit Juli 2013 laufen die Verhandlungen zur „Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft" (TTIP) zwischen den USA und der Europäischen Kommission. TTIP ist ein weiterer umfassender Versuch, staatliche Verpflichtungen zur Durchsetzung der Menschenrechte zu untergraben und Konzerne über notwendige Regeln und Regulierungen zu stellen. TTIP steht in grundlegenden Punkten im Widerspruch zu Völkerrecht und den Menschenrechten. Deshalb ist FIAN Österreich Teil eines breiten Bündnisses: „TTIP – Stoppen!". Im Jänner war der Chefverhandler der Europäischen Kommission zu TTIP in Wien. FIAN Österreich, ÖBV-Via Campesina Austria und Attac nutzten diese Gelegenheit, um einen von FIAN In-

TTIP Stoppen! Anders Handeln!